

Die Wohnungssituation für Hartz IV – Empfänger in Leipzig

1. Datenlage

Der aus der Sozialhilfe übernommene Maßstab für die Angemessenheit der Wohnkosten von 3,85 € Kaltmiete, 1,37 € Betriebskosten und 0,95 € Heizkosten, insgesamt also 6,17 € basierte auf den ca. 16.000 im Sommer 2004 zu versorgenden Haushalte im Sozialhilfebezug und der Schätzung, dass nach der Zusammenlegung mit der Arbeitslosenhilfe von ca. 38.000 Bedarfsgemeinschaften auszugehen sei. Am Stichtag 01.02.2005 wurden dann auch 39.915 Bedarfsgemeinschaften gezählt, die Anzahl stieg dann aber bis zum 30.11.05 auf 47.968; tendenziell weiter steigend. Signifikant ist dabei, dass der Anteil der 1 Personen Haushalte 59,4% und der Anteil der 2 Personen Haushalte 24,3% beträgt. Dieser Personenkreis stellt somit alleine 83,7% der betroffenen Haushalte.

Selbst der Beigeordnete für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule der Stadt Leipzig musste in seinem Bericht an die Ratsversammlung einräumen, dass es im Bereich der 1 – 2 Zimmer Wohnungen, auf den über 80% der Betroffenen angewiesen sind, so gut wie keine Wohnungen mehr gibt, die den angemessenen Wohnkosten entsprechen. Laut dem Mietspiegel 2005 der Stadt Leipzig liegt die Kaltmiete derzeit in diesem Bereich durchschnittlich bei 4,00 €

Bis zum Stichtag 30.11.2005 wurden durch die ARGE Leipzig 3.129 Auflagenbescheide zur Minderung der Mietkosten verschickt. Darin wird dem Betroffenen dann vorgeschlagen, sich bei seinem Vermieter um eine Absenkung der Kaltmiete zu bemühen, Unterzuvermieten oder die Mietkosten durch Umzug zu senken. Wie viele nun konkret umziehen mussten lässt sich nach Angabe der ARGE nicht ermitteln, allerdings wurden bis zum Stichtag insgesamt 1.085 Einzelbuchungen im Leistungsbereich 02 (Wohnungsbeschaffungskosten) gebucht. Da die ARGE Leipzig in den ersten 6 Monaten ja bekanntlich die tatsächlichen Mietkosten übernimmt kann man anhand des genannten Zahlenmaterials davon ausgehen, dass vom 01. Juli 2005 bis 30. November 2005 ca. 800 Haushalte aufgrund der Auflagenbescheide umziehen mussten. Dies hat in aller Stille stattgefunden ein mediales Interesse an den Schicksalen der Betroffenen hat es nicht gegeben.

2. Auswirkungen auf die Lebensumstände der Betroffenen und die soziale Situation in der Stadt Leipzig

Zieht man von den verschickten 3.129 Auflagenbescheiden die Zahl von ca. 800 Zwangsumzügen ab, so verbleiben immer noch ca. 2.330 Haushalte in prekären Mietverhältnissen, denn nach Ablauf der Schonfrist von 6 Monaten überweist die ARGE nur noch die „angemessenen Wohnkosten“. Das heißt im Klartext, dass die davon Betroffenen den Unterschiedsbetrag aus ihrem Regelsatz zuschießen müssen. Aus meiner täglichen Beratungspraxis weiß ich, dass es sich dabei in der Regel um Beträge so zwischen 30 € und 50 € handelt.

Ganz abgesehen von dieser schleichenden Enteignung und Absenkung des Regelsatzes durch die Hintertür ist diese Zuzahlung aus dem Regelsatz auf Dauer nicht durchzuhalten, denn wie die Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes eindrucksvoll nachweist, kann man schon mit dem vollen Regelsatz nicht menschenwürdig leben. Die Folge davon wird sein, dass die Betroffenen noch weiter bei anderen notwendigen Bedürfnissen wie z.B. der medizinischen Versorgung (Stichwort Praxisgebühr, Medikamentenzuzahlung) Abstriche machen oder schlicht und einfach in die Mietschuldenfalle tapen.

Man muss keine prophetischen Gaben besitzen, um heute schon vorauszusagen, dass mittelfristig die fristlosen Kündigungen der Mietverhältnisse und in deren Folge die Zwangsräumungen in Leipzig signifikant ansteigen werden, zusätzlich dann auch noch forciert durch die jetzt beschlossene Gesetzesänderung im SGB II und der damit verbundenen Regelung der Übernahme von Mietschulden.

Zumal die großen Wohnungsbaugenossenschaften seit längerem begonnen haben, bei Mietschulden konsequent den Rechtsweg zu beschreiten, die fristlose Kündigung erfolgt in der Regel sofort bei

einem Rückstand von 2 Monatsmieten. Aktuell habe ich den Fall eines ca sechzigjährigen psychisch angeschlagenen allein stehenden Mannes auf dem Schreibtisch, der wegen knapp 500 € Mietschulden zwangsgeräumt werden sollte. Die für solche Fälle zuständigen Behörden sind wegen des Personalabbaus und dem sprunghaften Anstieg der Anzahl von in prekären Verhältnissen lebenden Menschen nicht mehr in der Lage hier entsprechend individuell zu entscheiden und zu handeln.

Leipzig hat bundesweit die höchsten Erdgaspreise der Großstädte. Eine Untersuchung des MDR, die von den Leipziger Stadtwerken auch bestätigt wurde, ergab im September 2005 für einen 4-Personen Haushalt durchschnittlich 1.288 € Heizkosten pro Jahr,

Umgelegt auf die angemessene Wohnflächen von 85 m² ergäbe dies 1,26 €/ m² bei einem derzeit gültigen Eckwert von 0,95 €/ m². Doch auch bei den kalten Betriebskosten explodieren die Preise, so hat die Stadt Leipzig vor kurzem die Kosten der Müllabfuhr um 30 % erhöht. Trotzdem kommt es immer wieder vor, dass die ARGE die Übernahme der Betriebskostennachzahlungen verweigert mit der Begründung, dass die angemessenen Wohnkosten damit überschritten werden, die Betroffenen bleiben damit auf für ihre Lebensumstände sehr hohen Beträgen sitzen, die mühsam abgestottert werden sollen, auch dies wieder aus einem Regelsatz, der ohnehin schon nicht zum Leben reicht, eine Abwärtsspirale, die für viele Betroffenen ins bodenlose führen wird.

3.Fazit

Leipzig gebührt der traurige Ruhm, die Armutshauptstadt in Sachsen zu sein. Jedes dritte Kind unter 15 Jahren lebt inzwischen vom Sozialgeld, die Arbeitslosenquote liegt knapp über 20 %, und auf die im Januar 80.364 als arbeitssuchend gemeldeten Menschen kamen 3.212 offene Stellen.

Armut hat in Leipzig inzwischen ein Gesicht bekommen, und wer den Blick abwendet von den gut renovierten Glitzerfassaden der Mädlerpassage, der Innenstadt und anderen Prestigeobjekten, der kann es auch sehen. Mit der Einführung von Hartz IV hat ein deutlich sichtbarer Verelendungsprozess begonnen, der nur Besorgnis erregend sein kann. Dem Menschenrecht nach Wohnen gerade bei den Betroffenen Langzeitarbeitslosen Rechnung zu tragen muss einer der ersten Schritte sein, diesem Verelendungsprozess entgegenzuwirken.

Leipzig im März 2006

Naomi-Pia Witte

Sprecherin der AG „Soziale Politik“ in und bei der Linkspartei. PDS Leipzig

Projektleiterin „Soziale Beratung und Betreuung“ in Leipzig

Quellennachweis

Die genannten Zahlen zur Höhe der gemeldeten Arbeitslosen und Arbeitssuchenden sowie der offenen Stellen sind dem Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit, Januar 06 entnommen.

Alles andere Zahlenmaterial ist:

1. der Information zur Ratsversammlung am 07.12.2005 „Auswertung der KdU – Prüfbericht und Maßnahmen zur Steuerung“, und
2. der Information zur Ratsversammlung am 08.02.2006 „Analyse zur Wohnsituation Hartz IV – Betroffener“

entnommen.